

# E-Mail-Newsletter

## 6. Juli 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

anbei der neueste E-Mail-Newsletter für Sie. Noch einmal möchten wir Sie darin auch auf unsere Tagung am kommenden Samstag hinweisen und Sie um Ihre umgehende Anmeldung bitten.

### **1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Juli in Stuttgart, Friedensgemeindehaus**

Nur noch wenige Tage bis zu dieser Veranstaltung. Bitte melden Sie sich möglichst umgehend an!

### **2. "Save me"**

Heidelberger Gemeinderat sagt JA zur Aufnahme von Flüchtlingen  
Neue Save me-Kampagnen in BaWü in Freiburg und Lörrach

### **3. Mit der Duldung am Ende**

Unter diesem Titel weist Marei Pelzer, rechtspolitische Sprecherin bei Pro Asyl, in einem Artikel der "Jungle World" auf die Gefahren für bleibeberechtigte Flüchtlinge hin, die, vor der anstehenden Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnisse, keine Arbeit gefunden haben.

### **4. Massenabschiebungen von Kurden in die Türkei geplant?**

Bis zu 8000 Flüchtlinge seien betroffen. Das behauptete zumindest die "Junge Welt" in ihrer Ausgabe vom 24.06.

### **5. Solidarität mit Elias Bierdel und Kapitän Stefan Schmidt**

Die Pro Asyl-Kampagne "Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen" läuft weiter. Der nächste Verhandlungstag in Agrigento ist mittlerweile auf Oktober verschoben worden.

### **6. Italien verschärft Einwanderungsgesetze**

Künftig gilt die illegale Ein- und Durchreise als Straftat, die mit Geldstrafen bis zu 10.000 Euro und sofortiger Abschiebung geahndet wird. Menschen, die Migranten oder Flüchtlinge beherbergen, drohen Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren.

### **7. Termine**

Mit herzlichem Gruß  
Ihr Reiner Klass

### **1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Juli in Stuttgart, Friedensgemeindehaus**

Am kommenden Samstag findet [das nächste Plenum](#) in den Räumen der Stuttgarter Friedensgemeinde statt.

**Wir bitten Sie um Ihre möglichst umgehende Anmeldung per Post, Mail, Fax oder telefonisch.**

Vormittags finden Arbeitsgruppen zum Bleiberecht/zur Häftefallkommission, zur Arbeitssuche in Zeiten der Wirtschaftskrise sowie zu neuen Entwicklungen im europäischen Asylrecht statt. Das Hauptreferat am Nachmittag mit dem Titel "Lagerschlussverkauf - Alles muss weg" über die Lagerkampagne des Bayerischen Flüchtlingsrates hält Alexander Thal.

Das genaue [Programm](#) haben wir Ihnen auch als pdf-Datei an den E-Mail-Newsletter angehängt.

## 2. "Save me"

### Heidelberger Gemeinderat sagt JA zur Aufnahme von Flüchtlingen

"Unser lokales Etappenziel ist geschafft - Heidelberg sagt JA! Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat gestern Abend (am 2. Juli, R.K.) einstimmig die Aufnahme von Flüchtlingen beschlossen und übernimmt damit die Ziele der Save me-Kampagne. Wir freuen uns über diese positive Zusage. Eine grosse Hilfe für unser weiteres Engagement!

Für heute grüßen Sie herzlich  
Gudrun Sidrassi-Harth  
für das Save-Me-Kampagne-Team Heidelberg  
c/o Asylarbeitskreis Heidelberg e.V.  
www.save-me-heidelberg.de  
[www.asyl-heidelberg.de](http://www.asyl-heidelberg.de)"

### Neue Save me-Kampagnen in BaWü in Freiburg und Lörrach

Zu den baden-württembergischen Städten, in denen bereits lokale Save me-Kampagnen aktiv sind, sind in den letzten Wochen [Freiburg](#) und [Lörrach](#) dazugekommen.

In *Freiburg* las am 28. Juni Anna Böger aus Björn Bickers Buch "Illegale" (Björn Bicker: Illegal. Wir sind viele. Wir sind da Verlag Antje Kunstmann 14,90 Euro.). Die Veranstaltung war vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterstützt worden. Die [Badische Zeitung berichtete](#) ausführlich.

Eine Kritik zum Buch (gesendet Mitte Mai auf SWR 2) finden Sie in der ARD Mediathek.

## 3. Mit der Duldung am Ende

Rund 30.000 ehemals geduldete Flüchtlinge, die inzwischen mindestens acht Jahre in Deutschland leben, müssen bis Ende des Jahres einen halbwegs lukrativen Job gefunden haben. Sonst droht ihnen erneut die Gefahr, abgeschoben zu werden.

*Von Marei Pelzer*

Als im Sommer 2007 die zweite, so genannte Bleiberechtsregelung für die Langzeitgeduldeten beschlossen wurde, war noch nicht absehbar, dass wir uns heute in einer der größten Wirtschaftskrisen seit Bestehen der Bundesrepublik befinden würden. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bekommen die ehemals Geduldeten in besonderem Maße zu spüren. Dennoch hält die Politik an den Anforderungen fest, die sie an die Flüchtlinge stellt. Dies könnte Ende 2009 für Tausende den Rückfall in die "Kettenduldung" - und damit die Gefahr der Abschiebung in ihr Herkunftsland - bedeuten.

Nach der Bleiberechtsregelung müssen die Betroffenen bis zum 31. Dezember dieses Jahres einen Arbeitsplatz nachweisen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt zum überwiegenden Teil und aus eigener Kraft verdienen. Das wird der Mehrheit von ihnen nicht möglich sein. Von ca. 35.000 Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung erhalten haben, bekamen sie 80 Prozent nur auf Probe. Das heißt, sie müssen für den Fall, dass ihnen die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts bis Ende des Jahres 2009 nicht gelingt, mit der Zurückstufung in die Duldung rechnen.

**Vor der Konferenz der Landesinnenminister** Anfang Juni hatte der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) immerhin eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung um zwei Jahre gefordert. Angesichts der Wirtschaftskrise falle den Flüchtlingen die Jobsuche noch schwerer als sonst. Sein größter Widersacher unter den Kollegen, Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU), reagierte prompt. Dieses Vorhaben habe überhaupt keine Chance auf Realisierung, sagte er den Medien. "Wir werden uns nicht ernsthaft mit dem Thema bei der Innenministerkonferenz befassen. Es wird nicht länger als fünf Minuten dauern, weil wir es ablehnen werden." Er behielt zumindest insofern Recht, als die Innenminister sich wie angekündigt nicht einmal auf ein Minimalprogramm zur Ergänzung bzw. Überarbeitung der Bleiberechtsregelung verständigten.

Auch auf Bundesebene ist derzeit mit keiner Verbesserung des Bleiberechts zu rechnen. Zwar haben die im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien, die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sowie Pro Asyl eine schnelle Überarbeitung der Regelung gefordert. Die große Koalition lehnt dies allerdings ab und hat eine Lösung des Problems auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben. Das bedeutet aber, dass die Zeit bis zum Jahresende äußerst knapp werden könnte.

**Kommt es zu keiner Änderung der Regelung**, hängt das Recht, in Deutschland bleiben zu dürfen, für ca. 30.000 Betroffene davon ab, ob sie einen Job mit ausreichendem Einkommen finden. Dies ist nicht nur angesichts der Wirtschaftskrise ein Problem. Geduldete Personen wurden über Jahre vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Sie durften entweder gar nicht arbeiten oder erhielten nur unter der Bedingung einen Job, dass sich kein Deutscher und kein Migrant mit Vorrechten, etwa aus einem Staat der EU, finden ließ. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit bedeutete diese so genannte "Vorrangregelung" faktisch ein Arbeitsverbot, da sich für die raren Stellen immer vorrangig zu berücksichtigende Arbeitssuchende fanden. Ebenso führte die zwangsweise Unterbringung in Lagern, wie sie zum Beispiel in Bayern rigoros gehandhabt wird, häufig zu einem Ausschluss von normalen Arbeitsmöglichkeiten. Die Residenzpflicht, die einen Umzug in Regionen mit besseren Jobangeboten verbietet, tat ihr Übriges.

Zwar gab es in der Zwischenzeit einige rechtliche Erleichterungen für Geduldete. Allerdings gelten sie erst seit Anfang des Jahres. Die Politik der gezielten Desintegration wirkt auf die betroffenen Menschen aber bis heute. Wie sollen sie von jetzt auf gleich einen Job finden, wenn sie über Jahre weder an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen noch praktische Berufserfahrung sammeln konnten?

**Die EU hat Flüchtlinge mit prekärem Aufenthaltsstatus** mittlerweile als eine Gruppe erkannt, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt ist, und finanziert deswegen ein Programm zur Förderung ihrer Integration auf dem Arbeitsmarkt. In Deutschland gibt es zahlreiche Projekte und Initiativen, die Flüchtlinge bei der Jobsuche unterstützen.

Auch diese sinnvollen Programme könnten zunichte gemacht werden, wenn die bestehende Regelung nicht verändert wird. Werden die Betroffenen ab 2010 wieder in die "Kettenduldung" getrieben, tritt für sie wieder die Angst vor der Abschiebung in den Vordergrund. Dies ist unsinnig und völlig inhuman. Aus Sicht von Pro Asyl kann auch die bloße Verlängerung der Frist, bis wann die Betroffenen eine eigenständige Finanzierung vorweisen müssen, nicht die Antwort auf das bestehende Problem Tausender Menschen mit unsicherem Status sein.

Die Bleiberechtsregelung hat ohnehin den Fehler, dass durch einen Einreisestichtag bereits die Zahl der potenziell Begünstigten halbiert wurde. Wer am 1. Juli 2007 seit sechs Jahren (Familien) oder seit acht Jahren (Alleinstehende) im Land war, für den gilt die Regelung. Dies waren aber nur 50 Prozent der damals rund 200.000 Geduldeten. Mittlerweile leben weitere 60.000 Geduldete seit über sechs Jahren in Deutschland, die bloß den Stichtag für die Bleiberechtsregelung aus dem Jahr 2007 verpasst haben. Das Problem, das angeblich gelöst werden sollte, ist nicht gelöst, solange die restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik hierzulande immer weitere Kettenduldungen hervorbringt.

Darüber hinaus verhindert die lange Liste der Ausschlussgründe den Erfolg des Bleiberechts. So führt zum Beispiel schon die geringfügige strafrechtliche Verurteilung eines Familienmitglieds zum Ausschluss der gesamten Familie von der Regelung.

So zu tun, als würde es in der Hand der über Jahre benachteiligten Flüchtlinge liegen, in welcher wirtschaftlichen und sozialen Situation sie sich befinden, verdreht die Realität. Der Sozialstaat trägt Verantwortung für die Betroffenen, und der muss er sich stellen. Die Förderprogramme der EU sind ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Eine Neufassung des Bleiberechts, welche die sozialen Lebensbedingungen der Betroffenen berücksichtigt, ist daher unabdingbar. Lagerunterbringung, Sozialleistungen weit unterhalb des Existenzminimums (nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) und die Residenzpflicht gehören abgeschafft.

*Marei Pelzer ist rechtspolitische Referentin von Pro Asyl.*

(Quelle: Jungle World Nr. 26, 25.06.2009)

#### 4. Massenabschiebungen von Kurden in die Türkei geplant?

## Hungerstreik gegen Massenabschiebung

Rund 8000 kurdische Flüchtlinge von Ausweisung in die Türkei bedroht

*Nick Brauns*

Mit einem Hungerstreik protestieren Mitglieder des Kurdistan-Volkshauses seit Dienstag auf dem Steintorplatz in Hannover gegen drohende Massenabschiebungen von Kurden. Hintergrund ist eine Weisung des Bundesinnenministeriums an alle Ausländerbehörden, Aufenthaltsgenehmigungen von geduldeten Asylbewerbern aus der Türkei nicht mehr zu verlängern, wenn diese über kein geregeltes Einkommen verfügen.

Fast 8000 Kurden wurden in den letzten Wochen von deutschen Behörden aufgefordert, das Land zu verlassen. Begründung: die »Menschenrechtssituation« in der Türkei habe sich gebessert. Es handelt sich mehrheitlich um Flüchtlinge, die während der 90er Jahren nach der Zerstörung ihrer Dörfer durch die türkische Armee und der Verfolgung durch Todesschwadronen in Deutschland Asyl gesucht hatten. Gegenüber Anhängern der diskriminierten jesidischen Religionsgemeinschaft behaupten die Ausländerbehörden nun: »Eine Unterdrückung aus religiösen Gründen gibt es nicht mehr. Ihrer Rückkehr in die Türkei steht nichts mehr im Wege«. Die Oberlandesgerichte Berlin und Hessen sowie das Amtsgericht Lüneburg haben mit Begründungen dieser Art bereits mehrere Widersprüche gegen die Aberkennung der Duldung abgewiesen.

Tatsächlich haben sich die Bedingungen für Kurden in der Türkei seit den Kommunalwahlen Ende März, bei denen die linke kurdische »Partei für eine Demokratische Gesellschaft« (DTP) zur führenden Kraft in den kurdischen Landesteilen wurde, wieder dramatisch verschlechtert. So wurden landesweit mehr als 400 DTP-Mitglieder, Aktivistinnen der Frauenbewegung und Gewerkschafter festgenommen. Mindestens fünf Menschen, darunter Kinder, wurden bei Polizeiübergriffen auf Demonstrationen getötet. Amnesty International berichtet in einem aktuellen Türkei-Report über »Folterungen und andere Mißhandlungen sowie exzessive Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte«.

Unter Überschriften wie »Deutschland schiebt PKK ab« feiern türkische Medien die drohenden Ausweisungen bereits als harten Schlag gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK. So seien von den Abschiebungen auch zahlreiche PKK-Funktionäre und -Geldgeber betroffen. Schon diese Reaktion zeigt, daß abgeschobene Kurden in der Türkei erneut mit Repressalien rechnen müssen, weil sie als PKK-Unterstützer gelten.

Aufgrund eines Ende 2008 mit Damaskus geschlossenen Rückführungsabkommens droht auch bis zu 7000 syrischen Kurden die Ausweisung. Auch in Syrien wurden in den letzten Monaten Hunderte Aktivisten kurdischer Parteien verhaftet und gefoltert.

(Quelle:[Junge Welt](#) am 24.06.2009)

## 5. Solidarität mit Elias Bierdel und Kapitän Stefan Schmidt

Die [Pro Asyl-Kampagne "Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen"](#) läuft weiter. Nach wie vor bittet Pro Asyl um Ihre Unterstützung beim Protest gegen die Kriminalisierung von Elias Bierdel und Stefan Schmitt, die im Sommer 2004 vor Italien 37 Flüchtlinge aus Seenot retteten und in Lampedusa an Land brachten. Die Staatsanwaltschaft fordert vier Jahre Haft und eine Geldstrafe von jeweils 400.000 Euro.

Der Aufruf für die Rehabilitierung von Elias Bierdel und Stefan Schmidt kann online unterzeichnet werden. Protestpostkarten können auch über den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bezogen werden.

Unterdessen ist der nächste Prozesstermin, an dem auch die Urteile gesprochen werden sollen, erneut vertagt worden: Zuletzt auf 21. Juli angesetzt, soll der nächste Prozesstag nun erst am 7. Oktober stattfinden.

## 6. Italien verschärft Einwanderungsgesetze

Rom (AFP) - Die umstrittenen Einwanderungsgesetze des italienischen Regierungschefs Silvio Berlusconi, die das Vorgehen gegen illegale Einwanderung deutlich verschärfen, haben die letzte parlamentarische Hürde

genommen. Nach dem Abgeordnetenhaus im Mai stimmte der Senat für das Gesetzespaket. Damit gilt illegale Einwanderung künftig als Straftat.

Bei der an eine Vertrauensfrage gekoppelten Abstimmung über die Sicherheitsgesetze votierten 157 Senatoren für das Vorhaben, 124 dagegen und drei enthielten sich. Bereits im Mai hatte die andere Parlamentskammer für die Vorlage gestimmt. Diese erklärt illegale Einwanderung zur Straftat, die mit einer Geldstrafe zwischen 5000 und 10.000 Euro und sofortiger Abschiebung geahndet wird. Zunächst war auch eine Haftstrafe ins Auge gefasst worden, wegen der Überfüllung der italienischen Gefängnisse wurde dieses Vorhaben aber fallengelassen.

Illegal eingewanderte Ausländer können künftig bis zu sechs Monate statt bisher zwei Monate in Abschiebegefängnisse gesperrt werden. Dadurch sollen die Behörden genügend Zeit bekommen, um die Identität der Einwanderer feststellen und sie in ihr Herkunftsland abschieben zu können. Menschen, die Einwanderern ohne gültige Papiere Wohnungen vermieten, können nun mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

Das Gesetzespaket schreibt außerdem vor, dass Eltern bei der Anmeldung der Geburt eines Kindes ihren Pass oder ihre Aufenthaltsgenehmigung vorzeigen müssen. Menschenrechtsorganisationen fürchten, dass deswegen die Existenz vieler Kinder nicht erfasst wird und sie dadurch besonders schutzlos sind. Das Gesetz nehme "ausländischen Kindern die grundlegendsten Rechte", erklärte Raffaele Salinari von Terre des Hommes.

Die Gesetze erlauben künftig Bürgerpatrouillen, die aber von den Behörden kontrolliert werden sollen. Diese Regelung ist ein Zugeständnis Berlusconis an den fremdenfeindlichen Koalitionspartner Lega Nord, die im Norden des Landes auf eigene Faust Bürgerwehren gegründet hatte. Die Gesetze stoßen bei Menschenrechtsorganisationen, der linken Opposition und der katholischen Kirche auf Kritik. Aus den Reihen der Linken wurden sie mit den Rassengesetzen während der Diktatur von Benito Mussolini verglichen.

Die EU-Kommission kündigte eine Prüfung der Gesetze an. Es müsse geklärt werden, ob das Gesetzespaket mit europäischem Recht vereinbar sei, sagte Justizkommissar Jacques Barrot in Brüssel.

(Quelle: AFP am 2.07.09)

## 7. Termine

### Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

11.07.2009. Siehe Punkt 1. [Zum Programm](#).

07.11.2009

### Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:

18.-20.09.2009: Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Deutschland. Analysen und Strategien.

[Zum Programm](#)

### Weitere Termine in Baden-Württemberg:

#### 09.07.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Familiennachzug:

Voraussetzungen für den Ehegatten- und Familiennachzug; Visumsverfahren. 4. Abend einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Asylrecht (6.08.), Rechte türkischer Staatsangehöriger (17.09.), Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

**15.07.2009, 19 Uhr: Stuttgart-Heslach, Generationenhaus, Gebrüder-Schmid-Weg 13: Treffen von Unterstützerinnen engagierter Frauen in der Türkei/Kurdistan.** Weitere Infos über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

**29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld.** [Weitere Infos](#).

**Sonstige Termine, bundesweit:**

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2009: Tag der Menschenrechte